KURIER AM SONNTAG

WESER-KURIER · BREMER NACHRICHTEN · VERDENER NACHRICHTEN

SONNTAG, 1. FEBRUAR 2015 | 33. JAHRGANG | NR. 5 | 1,60 €

Leuchtturm-Touren gestrichen

BAN

Der Roter Sand wird aus Kostengründen nicht mehr angefahren.



Honig aus aller Welt

Die Walter Lang GmbH ist der größte Bio-Honig-Importeur Europas. Wirtschaft 13



Hattrick von Nils Petersen

Der Ex-Werderaner hat bei seinem Freiburg-Debüt drei Tore gemacht. Sport 20



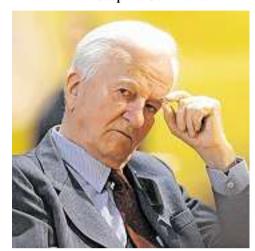
Die unfassbare Angst

Wie die Furcht vor Terror die Menschen verändert. Essay 26



Trauer um von Weizsäcker

Alt-Bundespräsident ist tot



Richard von Weizsäcker wirkte durch seine FOTO: MARCO URBAN

Berlin. Einer der bedeutendsten deutschen Politiker der Nachkriegszeit ist tot: Der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist gestern im Alter von 94 Jahren gestorben. "Wir verlieren einen großartigen Menschen und ein herausragendes Staatsoberhaupt", schrieb Bundespräsident Joa-chim Gauck in einem Kondolenzschreiben an die Witwe Marianne Freifrau von Weizsäcker. Er würdigte seinen Amtsvorgänger als "moralische Instanz". "Die Erinnerung zu bewahren und hieraus die richtigen Schlüsse zu ziehen, waren ihm wichtige Anliegen, gerade auch im Hinblick auf die junge Generation", betonte Gauck in dem Schreiben.

Politiker aller Bundestagsparteien sprachen von einem großen Verlust. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte in Berlin, von Weizsäcker habe Orientierung geben wollen und diesen Anspruch glanzvoll erfüllt: "Über Jahrzehnte hat er seinen hohen Intellekt, seine natürliche Würde, seine große Begabung für die politische Rede in den Dienst unserer Demokratie ge-

Der CDU-Politiker war von 1984 bis 1994 sechster Bundespräsident – er beeinflusste mit wegweisenden, visionären Reden das politische Klima in Deutschland und scheute nicht vor Konflikten mit Kanzler Helmut Kohl (CDU) zurück. Nach seinem Amtsantritt hatte er versprochen, "Präsident aller Bürger" sein zu wollen. Als ein vichtiger Markstein gilt die Rede vom 8. Mai 1985 zum 40. Jahrestag des Kriegsendes, in der er sich ohne Beschönigung mit den Verbrechen der Nazi-Zeit auseinandersetzte. "Der 8. Mai 1945 ist ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft", sagte er damals vor dem Deutschen Bun-Bericht Seite 4

AfD macht Bernd Lucke den Weg frei

Große Mehrheit für Abschaffung der Dreier-Spitze – Parteigründer kann alleiniger Vorsitzender werden

Auch wenn er bis zum Dezember warten muss: AfD-Gründer Bernd Lucke ist so gut wie am Ziel. Nach einer turbulenten und immer wieder durch Anträge zur Geschäftsordnung unterbrochenen Satzungsdebatte hat er sich im Führungsstreit seiner Partei durchgesetzt. Die rund 1700 Teilnehmer des AfD-Parteitags in Bremen folgten gestern mit großer Mehrheit Luckes Wunsch, die Partei nur noch von einem Vorsitzenden führen zu lassen. Die Demonstration gegen den Parteitag blieb weitgehend friedlich.

> VON HANS-ULRICH BRANDT UND JÜRGEN HINRICHS

Bremen. Die Alternative für Deutschland (AfD) will mit der Mehrstimmigkeit in ihrer Parteiführung Schluss machen – ab Dezember soll es nur noch einen Vorsitzenden geben. Und der heißt voraussichtlich Bernd Lucke. Das hat die Partei auf ihrem dritten Bundesparteitag nach langer leidenschaftlicher Debatte in Bremen mit großer Mehrheit beschlossen. Damit wird die bisherige Dreierspitze, zu der auch Lucke gehört, schrittweise abgeschafft. Ab April soll der Bundesvorstand nur noch zwei Sprecher haben. Im Dezember dann soll nur noch einer die Partei führen, der andere den Stellvertreterposten übernehmen.

Lucke riss nach der Abstimmung, die wegen der großen Zahl der Mitglieder am Nachmittag zeitgleich im Bremer Congress Centrum und im Musical-Theater stattfand, die Arme hoch. Freude auch beim Bremer AfD-Sprecher Christian Schäfer: "Das wäre das beste, was uns passieren kann, dann hätten wir eine vernünftige Struktur", sagte Schäfer noch vor der Abstimmung. Am Ende kam es tatsächlich so.

Wenig überraschend hingegen ist, das die sächsische Landesvorsitzende Frauke Petry, wie Lucke derzeit AfD-Sprecherin, im April für die neue Zweierspitze antreten will. Sie werde aber nicht gegen Lucke um den Vorsitz kandidieren, sondern wolle im Dezember dessen Stellvertreterin werden. Nach Petrys Überzeugung kann die Partei mit einer Einzelspitze anstelle der bisherigen Dreierspitze funktionieren, "wenn sich alle an die Regeln halten".

Die jetzt vom Parteitag gebilligte Satzungsänderung steht aber noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Mitglieder zur gesamten neuen Satzung. Daruber wollen die Mitglieder heute abstimmen. Zudem hat die AfD in Bremen beschlossen, einen sogenannten Parteikonvent einzurichten. Dieser Konvent soll ein zusätzliches beschlussfassendes Gremium zwischen den Parteitagen sein. Ursula Braun-Moser, Beisitzerin im Bundesvorstand, warnte gestern jedoch davor, mit dem Konvent ein "neues Machtzentrum" neben



Bunter Protest gegen die AfD: 3700 Demonstranten zogen gestern Nachmittag durch die Bremer Innenstadt.

dem Bundesvorstand zu schaffen. Dies würde zu neuen Machtkämpfen führen.

Trotz der letztlich deutlichen Zustimmung für die Verschlankung der Parteispitze, kritiklos war die Aussprache nach Luckes Rede am Mittag nicht verlaufen. Etli-



Novum im Bremer Musical-Theater: auch dort tagt die AfD.

che Mitglieder warfen ihm vor, er wolle sich zum "Alleinherrscher" der Partei aufschwingen, die aus einem liberalen und einem rechtsnationalen Flügel besteht.

Lucke hatte zuvor in einer persönlichen Erklärung, die er "nicht-öffentlich" hatte halten wollen, eindringlich für den alleinigen Parteivorsitz geworben. Die Arbeit der bislang dreiköpfigen Parteiführung bezeichnete er als "stümperhaft". In den zwei Jahren seit Gründung der Partei habe es dem Vorstand an Planung, Organisation und Kommunikation gemangelt. "Auch heute arbeitet der Bundesvorstand noch nicht besser", sagte Lucke. Die AID benotige eine "Professionalisierung der politischen Prozesse", schließlich sei sie "kein Kegelclub oder Karnickelzüchterverein, den man nebenberuflich führen kann".

Der Auftritt der AfD in Bremen blieb gestern nicht unerwidert. Nach Schätzungen der Polizei haben sich rund 3700 Menschen an einer Demonstration gegen Rechtspopulismus und Rassismus beteiligt. Der Marsch durch die Innenstadt mit Kundgebung vor dem Tagungsort der AfD auf der Bürgerweide blieb weitgehend ohne Zwischenfälle. Die Polizei, die mit mehreren Hundertschaften im Einsatz war, meldete zwei vorläufige Festnahmen wegen Farbbeutelwürfen. Außerdem sei mit Böllern geworfen worden. Verletzte habe es nicht gegeben. "Wir freuen uns über den insgesamt friedlichen Verlauf", sagte der Einsatzleiter.

Im Vorfeld waren Krawalle befürchtet worden, weil die Behörden Erkenntnisse hatten, dass sich unter den Demonstranten auch Gruppen aus dem autonomen Spektrum beilnaen werden. So eine Beteiligung gab es tatsächlich, doch den Veranstaltern ist es nach eigenen Angaben gelungen, einen "schwarzen Block" mit Vermummten zu verhindern. Die Autonomen fügten sich ein und waren Teil eines Bündnisses, das von Kirchengemeinden, über Gewerkschaften, SPD- und Grünen-Mitgliedern, bis hin zu linksradikalen Organisationen Kommentar Seite 2. Thema Seite 3

Handballer wahren Olympia-Chance

Doha. Die deutschen Handballer haben die Weltmeisterschaft in Katar als Siebter beendet und sich damit die Teilnahme an einem Olympia-Qualifikationsturnier gesichert. Einen Tag nach der 23:28-Niederlage gegen Kroatien gewann das Team von Bundestrainer Dagur Sigurdsson gestern in Doha das zweite Spiel der Platzierungsrunde mit 30:27 (16:14) gegen Slowenien. Vor rund 1500 Zuschauern war Linksaußen Uwe Gensheimer mit 13 Toren der überragender Schütze in der Auswahl des Deutschen Handballbundes (DHB), obwohl der Kapitän nicht einmal alle Siebenmeter verwandeln konnte. Zwar kehrte auch gestern nicht die Leichtigkeit vom Turnierbeginn ins deutsche Spiel zurück, wohl aber Kombinations- und Treffsicherheit. Zusammen mit einem unbändigen Willen und mit tollen Paraden von Torhüter Silvio Heinevetter haben die Deutschen noch ein versöhnliches WM-Ende erreicht. Bericht Seite 23

Merkel und Schäuble bleiben hart

Gegen Schuldenschnitt für Griechenland / Spanische Linkspartei mobilisiert Zehntausende

Berlin·Athen·Madrid. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat Griechenland zur Fortsetzung der Reformpolitik aufgerufen. Europa werde weiter Solidarität zeigen, wenn Athen "eigene Reform- und Sparanstrengungen" unternehme, sagte Merkel dem "Hamburger Abendblatt". Einen Schuldenschnitt lehnte sie ab. "Es gab schon einen freiwilligen Verzicht der privaten Gläubiger, Griechenland wurden von den Banken bereits Milliarden erlassen. Einen weiteren Schuldenschnitt sehe ich nicht", bekräftigte Merkel die Haltung der Bundesregierung.

Ähnlich äußerte sich Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). "Wenn ich ein verantwortlicher griechischer Politiker wäre, würde ich keine Debatten über einen Schuldenschnitt führen", sagte er der "Welt". "Wer die Finanzierung der griechischen Schulden kennt, weiß, dass es bis zum Jahr 2020 kein Problem gibt. "Das Bun-

desfinanzministerium wies derweil einen Bericht des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel" zurück, wonach die Regierung zu einem weiteren Hilfsprogramm für Griechenland bereit sei.

Am Freitag war es in Athen zu einem Eklat zwischen Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem und dem griechischen Finanzminister Gianis Varoufakis gekommen. Athen werde nicht mehr mit der "Troika" der Spar-Kontrolleure zusammenarbeiten, erklärte der neue Ressortchef. Der deutsche EU-Kommissar Günter Oettinger (CDU) warf der griechischen Regierung ein "freches und unverschämtes Auftreten" vor. "Wir dürfen Athen deshalb jetzt nicht abstrafen, aber es hat keine Verbesserung zu erwarten", sagte Oettinger. Der Berliner Koalitionspartner SPD warnte vor übereilten Reaktionen: "Nichts wird so heiß gegessen, wie es gekocht wird", sagte der stellvertretende Vorsitzende Ralf Stegner. Es gelte, die weiteren Gespräche zwischen Brüssel und Athen abzuwarten.

Nach dem Bruch mit der Troika haben Gläubiger des Landes ihre Staatsanleihen verkauft, meldete die "FAZ". Auch die Aktienkurse fielen. Die Rendite von Anleihen mit dreijähriger Restlaufzeit stieg auf 18,8 Prozent - das wäre der Zinssatz, den Griechenland zahlen müsste, wenn das Land jetzt neue Kredite mit dreijähriger Laufzeit aufnehmen würde. Er liegt doppelt so hoch wie in der Vorwoche.

Unterdessen haben gestern in Madrid Zehntausende Menschen auf einer Kundgebung der linken Protestpartei Podemos (Wir können) ein Ende der bisherigen Sparpolitik in Spanien gefordert. Podemos ist eine Schwesterpartei des in Griechenland regierenden Linksbündnisses Syriza. Podemos liegt nach Umfragen in der Wählergunst noch vor der regierenden Volkspartei (PP) und den Sozialisten (PSOE).

Teure Straßenbahnen

Bremen (ala). Bremen drohen neue Haushaltslöcher, die zu weiteren Schulden führen könnten. Teuer kommen der Stadt insbesondere 77 Straßenbahnen, die überaltert und damit reparaturanfällig geworden sind. Ob sie nun durch neue Bahnen ersetzt oder weiter in die Werkstatt geschickt werden, ist noch nicht endgültig geklärt, doch die Tendenz geht zum Neukauf. Jetzt steht vor allem die Frage im Raum, wie die Beschaffungskosten von gut 200 Millionen Euro aufgebracht und über die kommenden Jahre verteilt werden können. Deshalb schließen städtische Finanzexperten einen Nachtragshaushalt nicht aus, mit dem eine höhere Verschuldung ermöglicht würde. Der Senat wird voraussichtlich am 3. März darüber beraten. Bericht Seite 7

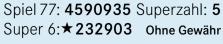
Gewinnzahlen













Inhalt

Familie Fernsehen Genuss

Lesermeinung Rätsel & Roman

Trend Wohin am Sonntag?

Bundesliga

Mainz 05 - SC Paderborn

Schalke 04 - Hannover 96 SC Freiburg – Eintr. Frankfurt

VfB Stuttgart - M'gladbach 30 Hamburger SV – 1.FC Köln 25 Leverkusen - Dortmund

Berichte Seiten 20 und 21

Wetter

5:0

1:0

0:1

0:2

0:0



Nachts



70% Ausführliches Wetter Seite 6

Niederschlag

Prognose

Die Woche startet mit oft kräftigen Schnee-, vereinzelt auch mit Schneeregen- und Regenschauern. Mit Schnee- und Eisglätte ist zu rechnen. Der Dienstag ist wechselnd bewölkt und weitgehend trocken.